



Das Gripen-Nein als Chance für eine moderne Sicherheitspolitik nutzen

Referat von Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied SIK-N

Es gilt das gesprochene Wort.

Der Druck für eine echte Armee reform ist nach dem Nein zur Beschaffung neuer Kampfjets nochmals drastisch gewachsen. Die VBS-Logik des „gross und teuer ist besser“ ist gescheitert und im Bereich der Luftwaffe auf Widerstand gestossen. Dies muss Bundesrat Ueli Maurer auch für die anderen Bereiche der Armee ein Denkmittel sein. Fährt er weiter so, verliert die Armee immer mehr an Glaubwürdigkeit und an Rückhalt in der Bevölkerung. Das Reformprojekt „Weiterentwicklung der Armee WEA“ muss deshalb als Chance für eine moderne, effiziente und glaubwürdige Armee genutzt werden.

Das Reformprojekt stand in der Vernehmlassung unter teils heftigem Beschuss. Die WEA fährt zwar bedrohungsgerecht die mechanisierten Truppen stark zurück und steigert durch eine Senkung der Bestände und Konzentration auf deutlich weniger Standorte die Effizienz. Gleichzeitig geht sie in wesentlichen Punkten jedoch in eine komplett **falsche Richtung**: Sie formt grosse Teile der Armee in eine Art **Hilfspolizei für die Kantone** um und zementiert damit weiterhin allzu hohe Bestände. Und sie lässt die **internationale Dimension** fast gänzlich vermissen, macht also weiterhin auf **Abschottung** statt internationale Sicherheitskooperation und Friedensförderung.

Das Volks-Nein zur Gripen-Beschaffung kam auch deswegen zustande, weil die Armee und die VBS-Spitze die Kampfjet-Beschaffung nicht glaubhaft mit realistischen Bedrohungsszenarien begründen konnten. Will die Armee künftig erfolgreicher sein, muss sie auf den Luxus verzichten, eine hohe Durchhaltefähigkeit für einen extrem unwahrscheinlichen Fall anzustreben. Der Fokus muss auf realen Bedrohungsszenarien liegen und sowohl Aufgaben wie Struktur der Armee müssen sich an den realen sicherheitspolitischen Herausforderungen des globalisierten 21. Jahrhunderts orientieren.

Reale Sicherheits Herausforderungen sind heute immer seltener militärischen Ursprungs. Es sind dies etwa Naturgefahren, Terrorismus, Cyber-Risiken, atomare Gefahren oder der Zerfall staatlicher Strukturen („Failed States“). Viele Bedrohungen kennen heute zudem keine Grenzen – oder in den Worten des SIPOL B 2010: „Die Bedrohungen und Gefahren sind nach wie vor stark inter- und transnationaler Art“. Deshalb muss sich die Schweiz verstärkt an internationalen Missionen zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung beteiligen, um Bedrohungen und Krisen durch gemeinsames Handeln zu entschärfen. Internationale Kooperation führt zu einem Gewinn an Sicherheit, Abschottung zu einem Verlust an Sicherheit.

Für die SP gibt es bei der Weiterentwicklung der Armee drei zentrale Punkte:

1. **Die internationale Kooperation massiv verstärken**

Die Schweizer Armee muss sich an realen Bedrohungsszenarien orientieren, was in allen Bereichen eine **stärkere internationale Vernetzung** nötig macht. Das nach wie

vor gültige Leitmotiv „Sicherheit durch Kooperation“¹ muss zu internationalen Konzepten und nicht zu einer Regionalisierung im Innern führen. Das internationale Engagement der Armee soll zum strukturbildenden Merkmal der Armee werden. Dazu ist etwa ein **Rahmenabkommens mit der EU über gemeinsame Friedensmissionen** nötig und die bestehenden **Luftpolizei-Abkommen mit unseren Nachbarstaaten** sind im Bereich Früherkennung, Frühwarnung und beim Einsatz zu vertiefen. Zudem muss sich die Armee dem **Konzept des „Pooling and Sharing“² von Rüstungsgütern** anschliessen, da in Anbetracht der technologischen und finanziellen Herausforderungen ein nationaler Alleingang in diesem Bereich kaum mehr machbar ist. In diesem Sinne ist die 2012 begonnene Rüstungszusammenarbeit³ mit der Europäischen Verteidigungsagentur konsequent zu vertiefen. In der WEA-Vernehmlassungsvorlage ist dieser europäischen Zusammenarbeit keine einzige Zeile gewidmet. Die SP erwartet, dass die WEA-Botschaft um diesen Bereich ergänzt wird und ihn vertieft behandelt.

2. Die Armee nicht als Hilfspolizei missbrauchen

Die Armee muss ein hauptsächlich militärisches Instrument bleiben und darf nicht mehr und mehr für sicherheitspolitische Aufgaben eingesetzt werden, für die andere Instrumente wie etwa die Polizei, das Grenzwachtkorps oder der Bevölkerungsschutz bereitstehen. Eine Weiterentwicklung der Armee in Richtung Hilfspolizei für die Kantone ist falsch. Ausdruck dieser Degradierung der Armee zur Hilfspolizei ist der Vorschlag in der WEA-Vernehmlassungsvorlage, die Militärpolizeibataillone zu verdoppeln, bei gleichzeitigem Herunterfahren der übrigen Armeebestände. Die Anzahl der **Militärpolizeibataillone darf mit der WEA nicht verdoppelt** werden. Vielmehr soll der Bund **mit den Kantonen Leistungsvereinbarungen abschliessen, damit diese für die Wahrnehmung nationaler Sicherheitsaufgaben** mit Bundesmitteln unterstützt werden und den Bestand ihrer Polizeikorps aufstocken können.⁴

Viele Sicherheitsrisiken sind weder militärischen Ursprungs noch können sie mit militärischen Mitteln bekämpft werden. Man schießt nicht mit schwerem Geschütz ins Internet, um Cyberrisiken abzuwehren. Und man bekämpft Terrorismus und Kriminalität nicht mit Panzern, sondern mit hochspezialisierten Einheiten der Polizei und kleinen Teilen der Armee. Für Einsätze im Innern ist die Armee nicht vorgesehen und meist auch weder ausgebildet noch geeignet. Deshalb ist angesichts der Reduktion rein militärischer Herausforderungen eine Verlagerung der sicherheitspolitischen Aufgaben auf zivile Instrumente der Sicherheitspolitik angezeigt. Im gleichen Zug müssen die Armeebestände auf ein sinnvolles Mass reduziert werden: Gemäss dem Militärkonzept der SP⁵ ist eine Grösse der Armee von 50'000 Armeeangehörigen anzustreben. Als **Kompromiss** ist die SP bereit, beim Reformschritt der WEA auf eine **Armeegrösse von 80'000 AdA** einzuschwenken.

¹ [SIPOL B 2010](#), S. 25: „Die bisherige Strategie Sicherheit durch Kooperation gilt somit weiterhin als Grundstrategie der schweizerischen Sicherheitspolitik.“

² siehe <http://www.eda.europa.eu/Aboutus/Whatwedo/pooling-and-sharing>

³ [Rüstungskoooperation](#) mit der Europäischen Verteidigungsagentur (EVA)

⁴ Reformvorschlag analog [SP-Motion 08.4012](#)

⁵ siehe [Militärkonzept der SP-Fraktion](#) vom September 2008

3. Den Armeepfand nach unten anpassen

Mit dieser modernen und realistischen Ausrichtung der Armee genügt ein tieferer Armeepfand sowie tiefere Bestände vollends – ohne Sicherheitseinbusse.

Entgegen aller Rhetorik aus dem VBS sind die Armeepfand in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen: Der Armeepfand der Armee wurde von 3.85 Milliarden pro Jahr in den Jahren 2005–2008 um 1.15 Milliarden oder satte 30 Prozent auf 5 Milliarden ab 2016 erhöht. Mindestens die 300 Gripen-Millionen müssen nach dem Volks-Nein rückgängig gemacht werden. Mit einer echten Reform wären weitere Effizienzgewinne verbunden; gleiche oder gar höhere Sicherheit kämen so noch auf 4.1⁶ bis 4.4⁷ Milliarden Schweizer Franken zu stehen.

⁶ letzter gesetzlich verankerter Armeepfand der Armee in den Jahren 2009-11

⁷ Vorschlag des Bundesrates im Armeebericht 2010